

Kommunen auf dem richtigen Weg. Energieeffizienz - Schlüssel für mehr Klimaschutz

zunächst möchte ich Ihnen gratulieren European Energy Award der heute zum xx mal stattfindet.

Der Wettbewerb ist ein **grandioses Erfolgsmodell** und **hilft den Kommunen in Europa** dauerhaft die Qualität die Energieeffizienz ständig zu verbessern.

Es ist einer der erfolgreichsten Wettbewerbe in Europa und dafür möchte ich allen Verantwortlichen besonders **danken**.

Bemerkenswert ist die internationale Ausrichtung.

Wir in einer vernetzten Welt leben will, muss sich aus selbst vernetzen.

Das gilt gerade für die Kommunen, die eine immer wichtiger werden Rolle in der Bereitstellung von Dienstleistungen für Bürger und Wirtschaft spielen.

Ich freue mich, dass auch **kleinere und mittlere Gemeinden** erfolgreich daran teilnehmen. Die Liste der Preisträger zeigt dies.

Beispiele wie aus dem Vorarlberg in Österreich zeigen den **Erfolgsfaktor Partizipation**.

Es ist die Lebenswelt der Menschen und damit deren Umgang mit Energie, die für das Klima prägend ist.

Der EEA ist ein lebendiger Wettbewerb, er entwickelt sich weiter.

Früh wurde in den Beiträgen der Kommunen erkannt, das Energiewende und Klimaschutz eine Symbiose bilden. Das Eine wirkt auf das Andere.

Der EEA ist zu einer **Familie** geworden mit **hohem Potential an Erfahrungen und Austausch**. Hier wird nichts verordnet. Gerade auf der kommunalen Ebene zeigt sich die **Wirkungskraft der freien Gestaltung**.

Um das fortzusetzen und weiter auszubauen brauchen die **Kommunen Freiräume** und eine auskömmliche **Finanzausstattung**.

Wir brauchen **neue Energieteams** zusammengesetzt aus Verwaltungsexperten, engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Nicht immer wird ein solch breiter Mix vorhanden sein.

In den letzten Jahren hat das Thema **Energiewende** die Politik dominiert.

Der **Klimaschutz** wird zwar weiterhin als wichtig betrachtet, ist aber auf der **politischen Agenda nach hinten gerückt**.

Beides gehört aber eng zusammen. **Erfolgreiche Klimapolitik geht nur mit der Energiewende.**

Auch weltweite Betrachtungsweisen gewinnen an Fahrt. Angesichts globaler Herausforderungen in Sachen **Migration, Globalisierung, Digitalisierung und Urbanisierung** stehen wir auch in Europa und Deutschland vor einer **völlig neuen Situation**.

Es ist Wendezeit. Und wenn sich die Dinge wenden, müssen auch wir uns wenden.

Das heißt wir müssen prüfen, ob unsere Strukturen noch zeitgemäß sind und den Anforderungen an Vernetzung und Kollaboration Rechnung getragen. Auch wir müssen uns wenden und dem Neuen mehr Chancen geben. Tun wir es nicht, machen es andere für uns und dieser Prozess kann weit schmerzhafter sein.

Deutschland im Herbst 2015.

Die politische Agenda wird von einem zentralen Thema beherrscht.

Immer mehr **Flüchtlinge** suchen Schutz in unserem Land. Vermutlich werden es in diesem Jahr mehr als 1 Millionen Menschen sein die in Deutschland Asyl suchen.

Politik, Gesellschaft und Wirtschaft stehen vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung vermutlich seit Gründung der Bundesrepublik.

Wir haben es hier mit globalen Entwicklungen zu tun deren Ursprung Jahre wenn nicht Jahrzehnte zurückliegen.

Dazu gehören auch Versäumnisse wie zum Beispiel europäischer Handelshemmnisse gegenüber afrikanischen Ländern.

Weltweit sind mehr als **60 Millionen Menschen auf der Flucht** vor Bürgerkrieg aber auch auf der Suche nach **besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen**. Auch die **Digitalisierung**, ich werde nachher noch näher darauf eingehen, führt zu neuen Phänomenen.

Was wir gerade in Europa erleben, ist die erste **digitale Völkerwanderung der Menschheit**.

Jeder Flüchtling, der in Deutschland ankommt, verfügt über ein **Smartphone**, sonst hätte er seine Flucht überhaupt nicht organisieren können. In den **sozialen Netzwerken** wie Facebook hat sich eine hoch effiziente **Selbstorganisation** gebildet mit einer **völlig neuen Dynamik**. Im

Minutentakt werden weltweit Informationen geteilt, wenn zum Beispiel Grenzen geschlossen werden oder Verfahren sich ändern.

Es ist nicht auszuschließen, sondern sogar wahrscheinlich, dass in den nächsten Jahrzehnten weitere **Klimaflüchtlinge** hinzukommen werden. Solche Entwicklungen lassen sich nicht einfach durch Beschlüsse aufhalten.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass unser aller Leben sich verändert.

Gerade die Städte und Gemeinden sind besonders herausgefordert, auch was ihre Infrastrukturen betrifft.

1 Millionen Menschen, das ist so viel wie die Stadt Köln an Einwohnern hat.

Für immer mehr Asylsuchende müssen Notunterkünfte bereitgestellt werden. Das ist gerade im beginnenden Winter nicht einfach.

Die Städte und Gemeinden kommen hier an ihre Kapazitätsgrenzen. In vielen Gemeinden ist diese bereits überschritten.

Der Weg vom Krisenmodus zum Katastrophenmodus ist nur noch ein kleiner.

Die Themen **Migration** und **Integration** werden die politische Agenda in den nächsten Jahren dominieren.

Neben der Migration ist es aber auch die **Digitalisierung** die unsere Gesellschaft und Wirtschaft fundamental verändern wird. Auch hier bleibt kein Stein auf dem anderen.

Die **Vernetzung** wird weiter voran schreiten, immer mehr Plattformen bringen neue Dienstleistungen in den Markt.

Wie wir leben, arbeiten, uns bilden oder unsere Freizeit verbringen, wird immer mehr vom Internet bestimmt.

Mehr als 2 Milliarden Menschen sind weltweit mit dem Internet verbunden, in den nächsten fünf Jahren werden weitere 2 Milliarden Menschen das weltweite Netz nutzen.

Auch die **mobile Kommunikation** nimmt dramatisch zu.

In Deutschland gibt es mehr als 110 Millionen Handys, davon 42 Millionen **Smartphones**. In fünf Jahren wird es nur noch Smartphones geben.

Mehr als 28 Millionen Deutsche nutzen soziale Netzwerke. Wir stehen vor einem gewaltigen Umbruch.

Notwendig ist eine neue Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Bürgerinnen und Bürger treten inzwischen auf als Ko-Produzenten von Verwaltung. Sie organisieren ihre Dienstleistungen selber, beispielsweise durch den Aufbau von Plattformen so zum Beispiel für Mitfahrmöglichkeiten.

Die **Sharing Economy** verändert die Art des Wirtschaftens. Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 sind nicht nur neue Begriffe, sondern verändern Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufe fundamental.

All das hat Auswirkungen auf unser **Ökosystem**.

Die Welt ist in Bewegung. Aus dieser Dynamik ergeben sich auch neue Chancen für mehr **Nachhaltigkeit**, für eine **Schonung der Ressourcen** und für mehr **Effizienz**.

Neu ist die **Beschleunigung dieser Veränderungen**. Das führt bei vielen Menschen zur Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Dadurch entstehen Ängste - und Ängste sind ein schlechter Ratgeber.

Die Prioritäten der Politik in Deutschland haben sich im Herbst 2015 verschoben.

Das Thema **Migration** steht ganz oben auf der Agenda.

Die Bundeskanzlerin fordert mehr Flexibilität. Vor wenigen Tagen ist das **Asylbewerberbeschleunigungsgesetz** in Kraft getreten.

Standards werden vorübergehend heruntergefahren, Verfahren beschleunigt.

Das trifft auch den Bereich der **Energie-Effizienz**. Dringend notwendig sind jetzt Unterkünfte für die Asylbewerber. In immer mehr Kommunen ist das Potenzial ausgeschöpft.

Tausende von Menschen werden in Notunterkünften wie Turnhallen oder Schulen untergebracht.

Der DStGB war einer der ersten, der Bund und Länder im Rahmen eines Maßnahmenpaketes aufgefordert hat, ein **Bauprogramm** auf den Weg zu bringen und die Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen.

Drei Dinge sind zu tun: Erstens bauen, Zweitens bauen und Dritten Bauen.

Wir haben uns auch dafür eingesetzt, die **Energiestandards herunterzufahren**, soweit sie zu zeitlichen Verzögerungen bei Projekten führen.

Wir starten gerade eine Aktion, schnell **Holzhäuser** als Unterkünfte zu bauen und haben dafür mit Architekten Blaupausen entwickelt, die jeder Schreiner vor Ort umsetzen kann.

Wir werden klug vorgehen, was Klimaschutz und Energieeffizienz betrifft. Auch die anderen Politikfelder wie Bildung, Mobilität, Klimaschutz und Energie geraten nicht aus dem Blickfeld, auch wenn unser Personal aufgrund der zusätzlichen Aktivitäten im Bereich der Flüchtlinge knapp wird.

Bei der Bereitstellung von vorhandenen Unterkünften wie z.B. Sporthallen oder beim Bau neuer Wohnungen bedeutet **schnell und billig** nicht automatisch mehr Energieverbrauch.

Trotz der Beschleunigung und dem Abbau von Standards gehört das Energieeinsparung auf eine Checkliste. Wenn wir heute schon wissen, dass wir z.B. Anfang des Jahres weitere Notunterkünfte in der Stadt brauchen, sollten wir uns jetzt auch Gedanken um das Thema Energie-Effizienz machen.

Zusätzlich sollten wir **Flüchtlingen Hinweise** und Tipps auch zum Thema **Energieverbrauch** geben. Es wäre mehr als sinnvoll, dieses Thema auch in den einschlägigen Broschüren für Flüchtlinge zu erwähnen. Ich kenne bis keine Broschüre, die zum Beispiel den Bereich Energie aufgreift. Vielleicht kann von dieser Veranstaltung ein solches Signal ausgehen!

Wie sehen die Entwicklungen in Deutschland aus?

I. Entwicklungen auf nationaler Ebene

Das Klimapakett des Bundeskabinetts vom Dezember 2014 sieht ein Bündel an Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele vor.

- Aktionsprogramm Klimaschutz 2020
- Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)

Ziele sind:

- δ_{18} Verminderung des Treibhausgasausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990
- $\delta_{\varepsilon v}$ Gebäudebestand bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten

2. ist die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des BMUB zu nennen

Dabei geht es um die finanzielle Unterstützung der Kommunen beim Klimaschutz

- Kommunen haben inzwischen ca. 6000 konkrete Klimaschutzprojekte auf den Weg gebracht (jede vierte Kommune hat von dem Förderprogramm profitiert)

Zu den geförderten Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz zählen

- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
- Energiesparmodelle in Schulen und Kindergärten
- Erstellung und Umsetzung umfassender Klimaschutzkonzepte

b) In diesem Rahmen ist die Novellierung der Kommunalrichtlinie zu erwähnen

Das Förderangebot wurde seit dem 01. Oktober 2015 erweitert auf:

- besondere Förderung finanzschwacher Kommunen, um bis zu 40 %erhöhte Förderquote möglich
- Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen erhalten erhöhte Förderquoten
- Wiederaufnahme der Förderung von LED-Außen- und Straßenbeleuchtung
- Neuaufnahme einer Förderung von Fahrradstraßen und Radschnellwegen

(II. Energieeffizienz (Potenziale und mögliche Wege)

Ein besserer Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen sowie für Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist die **Steigerung der Energieeffizienz** unabdingbar. Dazu gehört eine verbesserte Energieeinsparung.

Denn die beste Energie ist die, die gar nicht erst produziert wird.

Die Energieeinsparpotenziale im Gebäudebestand sind gewaltig

Kommunen sind wesentliche Akteure (ca. 40 Prozent Minderungspotenzial)

Kosten für Energie: jährlich **4,1 Milliarden Euro**, wobei ein Großteil davon auf den sich oft in schlechtem Zustand befindlichen kommunalen Gebäudebestand, entfällt:

- ca. 176 000 Gebäuden (Schulen, Kindergärten, Verwaltungen etc.)
- ca. 2,5 Millionen Wohnungen (über kommunale Wohnungsgesellschaften)

Erforderlich sind:

- Zielgerichtete Investitionsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen in die energetische Gebäudesanierung wie vor Jahren beim Konjunkturpaket II
- Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms von derzeit 1,8 Milliarden Euro auf jährlich mindestens 5 Milliarden Euro
- gezielte Förderung bei den Bestandsgebäuden, von denen aktuell nur 0,8 bis 1 Prozent pro Jahr energetisch saniert werden
- Einsatz stromsparender Geräte und die Fortentwicklung technologischer Anwendungen, die den Stromverbrauch intelligent steuern (sogen. Smart Meter) wichtige Instrumente.

Weitere Potenziale gibt es im Wärmebereich

Der Bereich der „Wärme“ weist, weit vor dem Strom, die größten **Einsparpotenziale** auf.

Einsparungen können erzielt werden durch:

- gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne
- alternative Angebote:
 - wärmedämmende Ziegeln
 - nachwachsende Dämmstoffe
 - Nutzung der Solarthermie

Wir müssen den Dämmwahn verhindern

Rund 100 Millionen Quadratmeter Dämmplatten wurden an deutschen Fassaden bereits verbaut (eine Fläche etwa so groß wie Berlin)

- gesundheits- und ökologische Gefahren (Giftstoffe, Brennbarkeit, Problem der Entsorgung)
- eine insgesamt negative Umweltbilanz
- Gefahr eines dauerhaften Verlusts der Baukultur durch „monoton eingepackte Gebäude“.

Erforderlich ist ein individueller und an den örtlichen Traditionen ausgerichteter Städtebau.

Fazit

Energetische Sanierung im Gebäudebestand muss insbesondere über eine direkte finanzielle Unterstützung erreichbar sein. Städte und Gemeinden unternehmen bereits heute immense Anstrengungen, ihren Gebäudebestand energetisch zu sanieren, um so den Energieverbrauch weiter einschränken zu können. Dadurch werden

langfristig nicht nur finanzielle Mittel frei, sondern gleichzeitig ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz geleistet

Weitere Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz sind

1. Kommunale Energieberatungen stärken

- Stärkere Förderung von niedrighschwelligen und kostengünstigen Energieberatungen,
- „aufsuchende sowie aktivierende Beratung“ der Kommunen (Bsp.: Thermografiebefliegung in Rheinbach) und ihrer Stadtwerke durch Bund und Länder,
- individuelle Beratung und Förderung der Wohnungs- und Hauseigentümer bei Bestandsgebäuden der 1960er, 1970er und 1980er Jahre kann Sanierungspotenzial aktiviert werden. Kommunen haben unmittelbaren Kontakt zu der Bürgerschaft. (Steigerung der Quote bei der energetischen Gebäudesanierung von 0,8 auf 1 Prozent pro Jahr möglich)

2. Energiestandards flexibilisieren

Energiestandards, etwa im Bereich der EnEV, dürfen nicht zu hoch angesetzt werden. Insbesondere bei Neubauten ist eine „Atempause“ nötig.

Ziel: Investitionen fördern und nicht behindern.

3. Energiesparende Mobilitätsstrategie

Maßgebliche Grundlagen eines effizienten Klimaschutzes:

- Stärkung des klimaschonenden Fahrradverkehrs und von e-bikes
- ein umweltschonender ÖPNV
- auch Förderung der E-Mobilität (Bekämpfung von CO₂-Ausstoß an der Quelle)

Fazit

Mehr als 2,5 Milliarden Euro geben Städte- und Gemeinden jährlich für Energie aus. Eine Kommune, die konsequent Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umsetzt, engagiert sich für den Klimaschutz und spart Energiekosten.

Der Bund bleibt aufgefordert, die Kommunen als maßgebliche Akteure zur Steigerung der Energieeffizienz (Planer, Erzeuger von Energie, Verbraucher sowie örtlicher Berater von Bürgerschaft und Wirtschaft) in den verschiedenen Förderprogrammen,

insbesondere auch der Städtebauförderung, dauerhaft und auf hohem Niveau zu unterstützen.

Beispiele aus Kommunen:

1. Stadt Offenbach (Hessen):

Kostenlose Energieeffizienzberatung für Unternehmen

Die Stadt Offenbach am Main hat mit ihrer kostenlosen und anbieterneutralen Vor-Ort-Energieeffizienzberatung ein Angebot entwickelt, das speziell auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet ist. Gezielt werden sie zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zu mehr Energieeffizienz angeregt.

2. Stadt Mannheim (Baden-Württemberg):

Klimaschutz-Aktionsprogramm "FlurfunkE"

Mit dem "Klimaschutz-Aktionsprogramm "FlurfunkE"" motiviert die Stadt Mannheim die Beschäftigten von Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben praxisnah und kreativ zu mehr Klimaschutz – im Büro und im Alltag. Zu den Themen Energie, Mobilität und Ernährung/Konsum bietet die Stadt jeweils ein Paket aus Informationen, darauf aufbauenden Aktionen und Wettbewerben für die Beschäftigten. Für einen hohen Bekanntheitsgrad – möglichst durch einen intensiven "Flurfunk" – sorgt eine abwechslungsreiche interne Kommunikationsstrategie.

3. Stadt Mainz

Dienstoffahrrad statt Dienst-Pkw

Die Stadt Mainz nutzt ihre Vorbildfunktion für Bürger in Bezug auf umweltorientiertes Verhalten. Dort werden zur Vermeidung von Pkw-Dienstfahrten vermehrt Fahrräder genutzt. Seit 2012 nutzen die Mitarbeiter der Verkehrsüberwachung und des Stadtplanungsamtes ein öffentliches Fahrradverleihsystem und inzwischen können in allen Ämtern die Fahrräder aus Verleihstationen in der Nähe der großen städtischen Verwaltungsstandorte genutzt werden. 🚲

4. Interessant ist auch das Modellprojekt Kindergarten in der Stadt Höfingen.

Dort wurde ein Kindergarten im Stil eines Passivhauses gebaut. Das Besondere daran ist dass sich hier die Bürger sehr engagiert haben. Klimaschutz auf kommunaler Ebene wird nur dann erfolgreich sein, wenn er über gemeindliche Aktivitäten hinaus auch die Bürgerinnen und Bürger erreicht. Notwendig ist ein intensiver Dialog mit der Bevölkerung, denn es geht nicht nur um Gebäude der Gemeinde, sondern vor allem auch um private Haushalte und die Bereiche Gewerbe, Industrie, Handel und

Dienstleistungen sowie Mobilität. Konkrete Ideen, Vorschläge und Anregungen aus der Bevölkerung können dazu beitragen, weitere große Schritte in Richtung klimafreundliche Kommune zu machen.